



17.3423

**Postulat Burgherr Thomas.
Transparenz auch
beim Verwaltungslobbying**

**Postulat Burgherr Thomas.
Faire toute la transparence
sur les activités de lobbying
de l'administration**

CHRONOLOGIE

NATIONALRAT/CONSEIL NATIONAL 13.06.19

Burgherr Thomas (V, AG): In einem demokratischen System gibt es eine klare Gewaltentrennung: Die Legislative erarbeitet die Gesetze, die Exekutive führt die Gesetze aus, und die Judikative kontrolliert, ob die Gesetze auch richtig angewandt werden. Diese Gewaltentrennung ist zentral für das Funktionieren unserer Demokratie. So haben wir es in der Schule gelernt. In diesem System ist die Verwaltung nicht als eigenständiger Akteur vorgesehen. Realität ist aber, dass genau diese Verwaltung immer dominanter wird. Staatsrechtler und Politikwissenschaftler verweisen schon seit Langem darauf, dass diese eindeutige Trennung zwischen den Gewalten nicht mehr vorhanden ist und die nicht gewählte Verwaltung schon lange selber Politik macht.

Die Bundesverwaltung ist heute ein eigenständiger Akteur mit viel Macht: Sie kann politische Prozesse anregen, die vorgelagerten und nachgelagerten Prozesse steuern, und sie kann Formulierungen, die Gesetzestexte und, dank Dossierkenntnis, die Politik beeinflussen. Sie hat Mittel und Instrumente zur Verfügung, die es ihr erlauben, auch subtil Einfluss auf die demokratischen Institutionen zu nehmen und damit ihre eigene Agenda und ihre eigenen Interessen durchzusetzen.

Bundesbeamte mögen zwar fachliche Kenntnisse und damit auch einen gewissen Wissensvorsprung gegenüber den Politikern haben, aber das ist kein Freipass dafür, aktives Lobbying zu betreiben, Kampagnen zu führen und direkten Einfluss auf die politische Meinungsbildung zu nehmen. Sie werden dafür bezahlt, dass sie die politischen Entscheidungsträger in ihrer Arbeit unterstützen und das ausführen, womit sie durch die Politik und die Gesetze beauftragt sind. Alles andere ist eigentlich nicht vorgesehen. Wir sind vielleicht noch nicht so weit wie in Brüssel, wo die Verwaltung massgeblich den Ton angibt. Aber wenn selbst die Wissenschaft hier bei uns ein Problem ortet, dürfen wir die Augen davor nicht verschliessen.

Ich will meinen Wählern nicht erklären müssen, dass die Gesetze, über die abgestimmt wird, eigentlich ein Produkt der Verwaltung sind. Wir sind es unseren Wählerinnen und Wählern zumindest schuldig, dieses Problem anzusprechen und anzupacken.

Die dürftige Antwort des Bundesrates auf mein Postulat ist ein Zeichen dafür, dass die Sache zu wenig ernst genommen wird. Aber wahrscheinlich sind wir schon beim Problem angelangt: Die Verwaltung selbst hat ja die Antwort verfasst, und der Bundesrat umgeht hier eine Problematik, die vorhanden ist. Nicht nur die Wissenschaft hat schon oft auf dieses Problem hingewiesen, sondern auch ich und weitere Ratskollegen erleben den Einfluss der Verwaltung auf das Parlament immer stärker. Hier müssen wir genauer hinsehen!

Darum ist es mir ein staatspolitisches Anliegen, dass die Einflussnahme der Verwaltung dokumentiert und untersucht wird. Für eine Bestandesaufnahme braucht es keine zusätzliche Forschung, wie der Bundesrat befürchtet. Wenn wir nicht bereit sind, als gewählte Politikerinnen und Politiker dieses zentrale Problem anzuschauen und ernst zu nehmen, dann ist wohl Hopfen und Malz verloren! Überall fordern wir Transparenz, vor allem immer mehr von den Unternehmen und von den Bürgern. Dann sollten wir aber auch dort Transparenz

AB 2019 N 1072 / BO 2019 N 1072

fordern, wo es auch wirklich drauf ankommt: beim Staat und bei der Verwaltung.

Pardini Corrado (S, BE): Ich habe Ihnen mit Aufmerksamkeit zugehört und habe auch Ihr Postulat gelesen.





Ich gehe mal davon aus – Sie haben sich ja ziemlich damit auseinandergesetzt –, dass Sie auch konkrete Beispiele erwähnen können, damit wir vielleicht den Umfang besser verstehen. Können Sie mir sagen, auf was für konkrete Beispiele Sie gestossen sind?

Burgherr Thomas (V, AG): Vielen Dank, Herr Kollege, für diese Frage. Ein Beispiel ist der überproportionale Einfluss der Verwaltung im Rahmen der Kommissionsarbeit, insbesondere auf die Finanzkommissionen. Hier bräuchte es mehr Eigenständigkeit. Der Abstimmungskampf von hohen Bundesbeamten hat schon vielfach zu Kritik geführt. Weitere Beispiele sind aktives Lobbying der dezentralen Bundesverwaltung im Parlament, z. B. von Behördenkommissionen, von den ETH usw.

Keller-Sutter Karin, Bundesrätin: Der Bundesrat beantragt Ihnen, dieses Postulat abzulehnen. Es geht darum, einen Bericht darüber zu machen, wie die Akteure der Bundesverwaltung politische Prozesse beeinflussen. Das ist schon relativ anspruchsvoll. Es gibt einen Bereich, in dem man klare gesetzliche Regelungen hat. Beispielsweise gibt es im Bundesrecht Regelungen zu finden, die sich mit der Rolle der Zentralverwaltung im Gesetzgebungsverfahren befassen. Auch existieren gesetzliche Regelungen zu den Kontakten zwischen den parlamentarischen Kommissionen und den Mitarbeitenden der Bundesverwaltung.

Es ist aber schon so – der Postulant hat sicher nicht ganz Unrecht –, dass die Politik exekutivlastiger geworden ist, dass dadurch vielleicht auch die Verwaltung mehr Einfluss gewonnen hat, weil einfach dort das Wissen ist und weil vieles sehr schnell gehen muss.

Aber ein wenig möchte ich den Ball schon zurückspielen. Das Parlament verabschiedet doch relativ viele parlamentarische Initiativen. Mit wem erarbeiten Sie dort die Gesetzgebung? Mit der Verwaltung. Dort arbeitet dann das Parlament ohne den Bundesrat, gemeinsam mit der Verwaltung. Ich habe noch nie gehört, dass man mit der Arbeit der Personen, die dort eingebunden waren, nicht zufrieden war.

Sehen Sie, ich habe Vertrauen in das Parlament. Aus meiner Sicht ist das Parlament mündig und eigenständig, und es kann den Sachverhalt von sich aus beurteilen. Dazu braucht es keinen Bericht des Bundesrates über die politischen Prozesse, die seitens der Verwaltung beeinflusst werden könnten. Sie entscheiden eigenständig, auch ohne diesen Bericht.

La presidente (Carobbio Guscetti Marina, presidente): Il Consiglio federale propone di respingere il postulato.

Abstimmung – Vote

(namentlich – nominatif; 17.3423/19011)

Für Annahme des Postulates ... 61 Stimmen

Dagegen ... 112 Stimmen

(2 Enthaltungen)